



Mit der Wirtschaft in eine nachhaltige Zukunft

Positionspapier zur Klimapolitik 2021



Schwarzwald
Baar
Heuberg

Bekenntnis zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz

Die Wirtschaft in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg bekennt sich zu ihrer Verantwortung, einen individuellen Beitrag zum globalen Klimaschutz und zur Nachhaltigkeit zu leisten, um unseren Wohlstand und die sozioökonomische Stabilität weltweit langfristig zu sichern. Grundsätzlich ist es volkswirtschaftlich sinnvoller, in die Vermeidung des Klimawandels zu investieren als die schwer kalkulierbaren Schäden zu beseitigen. Unter dem Begriff der Nachhaltigkeit verstehen wir eine Entwicklung auf der Grundlage einer angemessenen Wirtschaftsentwicklung und von Preisstabilität. Diese basieren auf einer in hohem Maße wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität gewährleistet¹.

Wie erreichen wir dieses Ziel gemeinsam?

Im Jahr 2020 gingen durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie die CO₂-Emissionen um 24 Millionen Tonnen zurück. Im gleichen Zeitraum sank das Bruttoinlandsprodukt um 117 Mrd. Euro – das entspricht CO₂-Vermeidungskosten von 5000 Euro pro Tonne². Die Krise hat demonstriert, dass genereller Konsumverzicht unserem Wohlstand mehr schadet, als dass er dem Klimaschutz hilft.

Nur eine wirtschaftlich erfolgreiche und übertragbare Klimapolitik wird internationalen Führer und Nachahmer finden. Deutschland ist zurzeit für etwa zwei Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich und nach aktuellen Prognosen werden die Einsparungen vor Ort in Zukunft durch die Schwellenländer mehrfach kompensiert³. Ein wettbewerbsfähiger Klimaschutz ist daher eine globale Notwendigkeit.

Die Wirtschaft als Teil der Lösung

Der regionale Mittelstand übernimmt seit vielen Jahrzehnten eine maßgebende Rolle in der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung: ressourcenschonende Effizienz, generationenübergreifende Unternehmensführung und soziale Verantwortung sind seit jeher feste Handlungsmaximen regionaler Unternehmen. So konnte beispielsweise die Industrie in Baden-Württemberg als Ergebnis ihrer Bemühungen in den letzten Jahren ihren CO₂-Ausstoß leicht senken, während sie ihre Wertschöpfung bis zur Corona-Pandemie steigerte⁴. Doch auch die zukünftige Generation ist im Blick: Seit August 2021 ist „Nachhaltigkeit und Umweltschutz“ eine prüfungsrelevante Standardberufsposition – neben Digitalisierung, Arbeitsrecht und Arbeitssicherheit das vierte zentrale Kompetenzfeld für alle Auszubildenden⁵. Diese Anstrengungen der Wirtschaft gilt es im Diskurs zu berücksichtigen. Denn die Wirtschaft gilt es bestmöglich zu mobilisieren, da hier schnelle und innovative Lösungen möglich sind. Zur Wahrheit gehört, dass ohne eine wettbewerbsfähige Industrie kein moderner Klimaschutz möglich ist: Sie liefert Filteranlagen, Bauteile für Windräder, Solaranlagen, elektronische Komponenten und vieles mehr.

Ordnungspolitik vor Ordnungsrecht, Lösungen statt Verbote

Für schnelle, innovative Lösungen reicht es nicht, Klimaneutralität per Gesetz vorzuschreiben: Es braucht angemessene gesetzliche Rahmenbedingungen und Folgenabschätzungen einzelner politischer Maßnahmen, um dieses Ziel zu erreichen. Klimapolitische Rahmenbedingungen, die Wettbewerb für marktwirtschaftliche Lösungen zulassen, sind effektiver als Verbote und starre Vorgaben. Marktwirtschaftliche Lösungen versprechen die leistungsstärksten und kosteneffizientesten Technologien hervorzubringen. Grundlage für die Effektivität aller umweltfördernden Maßnahmen und Produkten ist die globale Wettbewerbsfähigkeit und die Akzeptanz durch die Konsumenten.

Beruhet das staatliche Management auf kleinteiligem Ordnungsrecht, kann das am Ende nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die regulierende Behörde wertvolle Ressourcen kosten, die effektiver für den Klimaschutz eingesetzt werden könnten.

Gemeinsam mit der Wirtschaft sollte sich die Politik im Bereich des Klimaschutzes an den folgenden sieben Leitlinien orientieren.

Sieben Leitlinien für eine nachhaltige Zukunft

Leitlinie 1: Klimaschutz global denken

Es ist nicht relevant, wo Treibhausgase⁶ auf der Erde ausgestoßen oder kompensiert werden. Deshalb ist es elementar, dass der globale Schadstoffausstoß insgesamt gesenkt wird. Jede Volkswirtschaft sollte hierzu ihren Beitrag leisten. Dabei gilt es die von Region zu Region unterschiedlich hohen Vermeidungskosten pro Tonne CO₂-Äquivalent zu berücksichtigen, um eine bestmögliche Hebelwirkung zu erzielen.

Konkret bedeutet dies:

- ▶ Carbon Leakage⁷ in nicht-regulierte Drittstaaten ist zu verhindern. Grundsätzlich schaden Handelshemmnisse wie Grenzsteuern dem internationalen Handel und können Handelskonflikte provozieren. Unsere exportorientierte Wirtschaft ist auf den offenen internationalen Handel angewiesen. Der CO₂-Grenzausgleich schützt in seiner aktuellen Form Unternehmen auf dem europäischen Markt, jedoch nicht darüber hinaus – für Unternehmen in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg, deren Wertschöpfung zur Hälfte global erwirtschaftet wird, ist diese Absicherung nicht ausreichend.
- ▶ Gleiche Wettbewerbsbedingungen (level-playing field) durch einheitliche Standards auf der höchstmöglichen Ebene müssen angestrebt werden. Neue Regelungen sollten erst global, dann national und zum Schluss auf Länderebene auf Umsetzung überprüft werden. Nationalen Einzelregulierungen entfallen dann zugunsten von Regelungen auf den übergeordneten Ebenen.
- ▶ Deutschland und die EU sollen die Möglichkeit nutzen, ihre Standards weltweit zu setzen, bevor Staaten mit ähnlicher Marktmacht dies tun. Relevant ist dies vor allem auf den Märkten der Entwicklungsländer. Politischer Druck zur Durchsetzung erscheint hierbei kein effektives Vorgehen – nur wenn die europäischen Standards wirtschaftliche erfolgreich und weltweit skalierbar sind, werden sie übernommen.
- ▶ Das Ziel sollte ein größtmögliches Klimabündnis mit einheitlichen Standards, Systemen und einem umfassenden Emissionshandel sein. Der CO₂-Grenzausgleich kann, wenn er WTO-konform und unbürokratisch ausgestaltet wird, übergangsweise als Instrument dienen, andere Staaten von den Vorteilen eines einheitlichen Systems zu überzeugen. Bis ein umfassendes Klimabündnis realisiert wird, sollen Handelsabkommen faires und nachhaltiges Wirtschaften auf Augenhöhe ermöglichen.

Leitlinie 2: Ganzheitliche Betrachtung und komplexe Folgeabschätzungen

Klimaschutz ist komplex und berührt die meisten bestehenden Gewohnheiten in allen Lebensbereichen, einschließlich der Wirtschaft. Dies ist Herausforderung und Verantwortung zugleich: Klimaschutzende Maßnahmen haben umfassende und weitreichende Auswirkungen auf bestehende Wirtschaftsstrukturen und die Menschen, die dort arbeiten. Diese komplexen Wechselwirkungen gilt es bei entsprechenden Beschlüssen zu berücksichtigen, damit der Umstellungsaufwand der Wirtschaft langfristig auch zu effektivem Klimaschutz führt.

Konkret bedeutet dies:

- ▶ Einheitliche Klimabilanzen von Produkten und Prozessen als Basis für politische Entscheidungen. Um eine Vergleichbarkeit verschiedener klimaschützender Maßnahmen zu gewährleisten, müssen die ausgestoßenen, bzw. eingesparten, THG-Emissionen unter Berücksichtigung externer Kosten über den gesamten Lebenszyklus eines Produkts oder Geltungsdauer einer Maßnahme betrachtet werden. Diese „Cradle-to-cradle“-Betrachtung ist vor allem bei allen Antriebstechniken von Fahrzeugen sicherzustellen.
- ▶ Ressourcen und Zeit sind begrenzt, weshalb es Hebelwirkungen bestmöglich zu nutzen gilt. Dazu zählen Kosten-Nutzen-Überlegungen vor Ort in Europa, vor allem jedoch weltweit: Wo ist

das Einsparpotenzial am größten, sowie schnell und vergleichsweise günstig umzusetzen? Dabei sollte im Dreiklang aus Vermeiden, Reduzieren und Kompensieren vorgegangen werden. Aktuell hat sich die politische Diskussion einseitig auf CO₂-Einsparungen verengt – ausschlaggebend ist jedoch die globale Klimaneutralität, zu der keine vollständige Deindustrialisierung notwendig ist. Die Förderung der natürlichen Verarbeitungskapazitäten durch Aufforstung, Restaurierung degradierter Böden und Humusbildung sind gleichwertige Bausteine. Dabei ist zu beachten, dass die CO₂-Vermeidungskosten in Entwicklungsländern sehr viel niedriger ausfallen als innerhalb der Europäischen Union⁸.

- ▶ Regionale Unterschiede dürfen nicht außer Acht gelassen werden: Strukturelle Unterschiede in den Regionen erfordern passgenaue Lösungen und Maßnahmen. Beispielsweise lassen sich Mobilitätskonzepte aus den Ballungsräumen nicht direkt auf den Ländlichen Raum übertragen.
- ▶ Eine globale Umstellung der Wirtschaft ist nicht von heute auf morgen möglich, deshalb gilt es Übergangstechnologien zuzulassen. Darunter fallen unter anderem die Verwendung hocheffizienter Dieselmotoren mit eFuels (ggf. über Beimischquoten), da Verbrennungsmotoren vor allem in Schwellen- und Entwicklungsländern noch einige Zeit genutzt werden, und eine Offenheit für alternative, sektorenspezifische Antriebsformen und Energieträger. Vor allem in energieintensiven Branchen ist eine verfahrenstechnische Umstellung auf Strom oder Wasserstoff nur mit hohem Forschungsaufwand möglich. Diese Branchen müssen bis dahin erhalten und im internationalen Wettbewerb unterstützt werden.
- ▶ Die Sektorenkopplung wird ausschlaggebend für den Erfolg der Energiewende sein. Gesetzliche Vorgaben müssen darauf angepasst werden. Das EEG sollte von einem Instrument zur Unterstützung der erneuerbaren Stromerzeugungstechnologien zu einem Sektorenkopplung unterstützenden Mechanismus weiterentwickelt werden.
- ▶ Die klimaschützenden Maßnahmen haben große Veränderungen in Arbeits- und Produktionsweise zur Folge, diese gilt es zu beachten und bestmöglich zu substituieren, durch Förderprogramme zu unterstützen oder durch eine gesetzliche Anpassung zu fördern. So entlastet eine hybride Arbeitsweise die Umwelt durch geringeren Flächenverbrauch und geringeres Pendlervolumen. Die Zunahme des mobilen Arbeitens erfordert einen rechtssicheren Rahmen für die Umsetzung (Arbeitssicherheit, Versicherungsschutz, Regeln für Grenzgänger). Ebenfalls zu beachten sind die Auswirkungen auf die Rohstoffsicherung:
 - Bei der REA-Gipsherstellung entfallen Abfallprodukte der konventionellen Kraftwerke. Dieser deckt etwa die Hälfte des Gipsbedarfs in Deutschland und schont die natürlichen Rohstoffe⁹.
 - Für die Kraft-Wärme-Kopplung entfällt die Wärmeerzeugung durch den Betrieb von Kohlekraftwerken.
 - Auch im Bereich der chemischen Industrie entfallen Vorprodukte.

Leitlinie 3: Klimaneutralität durch technologieoffene Innovation

Vor ca. 300 Jahren bildeten die Wälder den zentralen energetischen Engpass und waren aufgrund der unaufhaltsam erscheinenden Abholzung das kritische Energie- und Nachhaltigkeitsthema. Sie wurden nicht durch bereits damals vorhandene ideologische Vorschriften gerettet, sondern erst durch die Erfindung der Dampfmaschine und nachfolgend durch die massive Aktivierung des Potenzials von Kohle. Die Folge: drei industrielle Revolutionen, durch die eine Vergrößerung der Zahl der Menschen auf der Erde um den Faktor 10 und des Wohlstands um den Faktor 100 verbunden ist. Seitdem ist Deutschland dank seiner mittelständischen Unternehmen in vielen Technologiefeldern führend – diesen Vorsprung gilt es zu nutzen. Mit neuen technologischen Entwicklungen können wir weltweit zur Senkung von THG-Emissionen beitragen und gleichzeitig diese Technologieführerschaft und den Wohlstand Deutschlands sichern.

Konkret bedeutet dies:

- ▶ Die Nullschadstoff-Ambitionen des EU-Green Deal („Fit for 55“-Paket) erfordern nicht nur einen kompletten Umbau der Energieversorgung und der Mobilität auf Basis erneuerbarer Energien, sondern auch die Umstellung heute emissionsintensiver Produktionsverfahren in der Industrie

und den Ausbau der Kreislaufwirtschaft. Für neue technologische Ansätze müssen die jeweiligen Regularien und Förderungen flexibel angepasst werden. Die Umstellung bestehender Produktionen und Dienstleistungen braucht einen flexiblen Rahmen, Gründungen und Projekten in zukunftsweisenden Technologiefeldern dürfen keine bürokratischen Steine in den Weg gelegt werden.

- ▶ Der Wirtschafts- und Innovationsstandort Deutschland darf nicht gefährdet werden – er finanziert maßgeblich die Kosten des Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft hin zur Klimaneutralität.

Leitlinie 4: Versorgungssicherheit gewährleisten

Der Stromverbrauch in Deutschland wird sich bis 2030 stark erhöhen¹⁰. Damit die Energieversorgung gesichert werden kann, reicht die aktuelle Ausbaugeschwindigkeit der erneuerbaren Energieträger nicht aus¹¹.

Konkret bedeutet dies:

- ▶ Planungs- und Genehmigungsverfahren sind für den Ausbau von Stromtrassen und erneuerbaren Energieträgern zu beschleunigen. Der Energiemix, den die Unternehmen beziehen, muss sie bestmöglich dazu befähigen, ihre Emissionen zu reduzieren.
- ▶ Internationale Abkommen zum Import von erneuerbarer Energie schließen. Die Dezentralisierung der weltweiten Energiegewinnung bietet die Vorteile der Erschließung neuer Märkte und einer direkten Wertschöpfung vor Ort. Dies reduziert die geopolitische Abhängigkeit Deutschlands in Energiefragen und hat das Potenzial in Ländern des Globalen Südens den Lebensstandard zu erhöhen und dadurch als Absatzmärkte der deutschen Wirtschaft attraktiver zu werden.
- ▶ Die Energiepreise sind zu senken. Neben der faktischen Verfügbarkeit von Energie ist deren Bezahlbarkeit ein ausschlaggebender Faktor. Hohe Energiepreise senken die Attraktivität des Standorts Deutschland. Günstige Strompreise, etwa durch die Senkung der staatlichen Abgaben, sind Anreiz, wo möglich auf Strom als nachhaltiger Energieträger umzusteigen¹². Dem CO₂-Preismechanismus kommt dabei eine zentrale Rolle zu, er muss die Einsparerfordernisse bzw. externen Effekte realistisch abbilden und zugleich den Unternehmen die Chance geben, im wettbewerblichen Entdeckungsverfahren die ökonomisch sinnvollste Lösung zu finden.

Leitlinie 5: Good Governance - Bürokratische Belastung geringhalten

Eine sichere Datengrundlage ist die Basis für erfolgreiche politische Entscheidungen. Die Belastung von – vor allem kleinen und mittleren – Unternehmen ist dabei gering zu halten. Denn bürokratische Pflichten belasten die für Innovationen notwendige Ressourcen und können neue, nachhaltige Geschäftsmodelle verzögern oder ganz verhindern.

Konkret bedeutet dies:

- ▶ Reporting-Pflichten sind geringzuhalten. Hier gilt es die Chancen der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung zu nutzen, um Datenübermittlungen einfach zu ermöglichen (Umsetzung des Once-Only-Prinzips). Für neue bürokratische Belastungen müssen an anderen Stellen konsequent Entlastungen erfolgen (One-in-One-out-Regelung).
- ▶ Komplexe Regulierungen sind zu vermeiden oder zu reduzieren. Über die Jahre haben zum Beispiel immer mehr Sonderregelungen das EEG komplexer gemacht. Innovative Geschäftsmodelle wurden so zunehmend verkompliziert und damit ausgebremst. Die Kapazitäten kleinerer und mittlerer Unternehmen sind stets zu berücksichtigen („think small first“-Prinzip).

- ▶ Gesetze sind praxisnah auszugestalten und müssen auch mittelfristig zur Zielerreichung geeignet sein. So ist die Kennzahl der Handelsintensität als Berechtigungsgrundlage für Kompensationen im EEG ungeeignet, da Unternehmen auch ohne internationale Verbindungen im weltweiten Wettbewerb stehen und diese Zahl in der Praxis schwer zu erheben ist.
- ▶ Planungs- und Genehmigungsverfahren sind allgemein zu beschleunigen und zeitgemäß auszugestalten. Die Verfahren müssen verschiedene Interessen effizient gegeneinander abwägen und technologieoffenen Klimaschutz ermöglichen. Flächennutzung muss bewusst, vor Ort und unter Einbindung aller Beteiligten entschieden werden.

Leitlinie 6: Finanzierung sicherstellen

Die Umstellung von Arbeitsprozessen innerhalb des Unternehmens und strukturellen Änderungen der Infrastruktur in den Wirtschaftsregionen benötigt eine ausreichende Finanzierung. Dies reicht von entsprechenden Unternehmensförderungen bis zu staatlichen Investitionen in grundlegende Infrastruktur.

Konkret bedeutet dies:

- ▶ Förderprogramme müssen Unternehmen und Neugründungen unbürokratisch, bedarfsgerecht und technologieoffen unterstützen. Der Zugang zu den Programmen muss transparent und digital übersichtlich möglich sein, Förderbescheide müssen zeitnah ergehen.
- ▶ Entlastung für nachhaltige Prozesse und Kreislaufprodukte im Steuerrecht.
- ▶ Beachtung energieintensiver Branchen im Rahmen der EU-Taxonomie als Teil komplexer Wertschöpfungsketten zur Produktion nachhaltiger Produkte.
- ▶ Staatliche Investitionen vor allem im Bereich der digitalen Infrastruktur¹³, der digitalen Verwaltung, der nachhaltigen (Weiter-)Bildungsprojekte und dem erforderlichen nachhaltigen Umbau klassischer Verkehrsinfrastruktur.

Leitlinie 7: Planungssicherheit

Im Rahmen der Staatscompliance gilt der Transparenzanspruch des Staates an Unternehmen auch umgekehrt. Denn, ausgestattet mit ausreichend finanziellen Mitteln, benötigen Unternehmen für die notwendigen zukunftsichernden Investitionen Rechts- und Planungssicherheit über Legislaturperioden hinaus.

Konkret bedeutet dies:

- ▶ Schnelle und pragmatische Regulatorik, am besten auf EU-Ebene, für neue Technologien und Prozesse, die zum langfristigen Umweltschutz beitragen, zum Beispiel zur gemeinsamen Nutzung der Gas- und Wasserstoffnetzen. Auch die Kreislaufwirtschaft benötigt neue Standards – so könnten mit einer Rahmenvorgabe für wenige Zusatzstoffe Abfälle effizienter getrennt und damit wiederverwertet werden.
- ▶ Parallele Gesetzgebungsverfahren auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene mit demselben regulatorischen Ziel sind bestmöglich in Einklang zu bringen. Überambitionierte regionale und nationale Alleingänge sind zu vermeiden, da sie zu Standort- und dadurch zu Wettbewerbsnachteilen führen können. Die Belastungen und Unsicherheiten, die daraus für die Wirtschaft entstehen, mögen bei isolierter Betrachtung der Ebenen gering erscheinen. Die Belastungen und Risiken aller Gesetzesvorhaben kumulierten sich jedoch bei den Unternehmen.
- ▶ Frühzeitige Konsultationen der Betroffenen und ihrer Verbände sind durchzuführen. Rückmeldefristen sind derart auszugestalten, dass produktive Stellungnahmen eingereicht werden können.

Anhang: Beispiel und Nachweise

Beispiel einer Circular Carbon Economy¹⁴

Ein weltweites, bilanziell klimaneutrales Energiesystem muss von Natur aus ganzheitlich sein. Das heißt, es muss sinnvolle Lösungen bieten für eine günstige, klimaneutrale und sichere Energieversorgung, für die immer noch rasch wachsende Zahl der Kohlekraftwerke rund um den Globus (ca. 10 Milliarden Tonnen CO₂ pro Jahr), gleichzeitig für den Bestand an Automobilen mit Verbrennungsmotoren (ca. 5 Milliarden Tonnen CO₂ pro Jahr), für die Stahl- und Zementindustrien als Grundpfeiler unserer modernen Zivilisation (ca. 5 bzw. 6 Milliarden Tonnen CO₂ pro Jahr), für Arbeitsplätze, wirtschaftliches Wachstum und nachhaltige Entwicklung, auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern.

Aus Sicht von Experten ist eine Circular Carbon Economy mit Methanol und anderen klimaneutralen Energieträgern (etwa Methan oder Ammoniak) als Ankersubstanzen die gegenwärtig aussichtsreichste Option. Sie erweitert heutige Lösungen im Bereich der erneuerbaren Energien um technische Möglichkeiten der CO₂-Recyclierung, um klimaneutrale, synthetische Kraftstoffe (eFuels) und das Potential naturbasierter Ansätze.

Grundbaustein ist preiswerter, erneuerbarer Strom aus den Sonnenwüsten der Erde (maximal 2 Cent pro Kilowattstunde), aus dem man über Elektrolyse günstig grünen Wasserstoff gewinnt, der mit CO₂ zu Methanol verbunden wird, welcher anschließend teils vor Ort genützt würde, teils über bestehende Infrastrukturen nach Europa käme. Methanol ist ähnlich gut zu handhaben wie Benzin, aber weniger giftig, und kann über weitere Prozessschritte (zum Beispiel Methanolbasen) alle heutigen Kraftstoff- und Heizölarten - klimaneutral - ersetzen. Das Speicher- und Handling-Problem, das bei rein elektrisch gedachten Lösungen auftritt, wird so gelöst. Außerdem findet Methanol schon heute breite Anwendung in der chemischen Industrie.

Durch viermalige Recyclierung des Kohlenstoffs im Kontext einer Methanolökonomie durch Carbon Capture and Usage (CCU) können die globalen CO₂-Emissionen auf nur noch ca. 10 Mrd. Tonnen/Jahr abgesenkt werden, trotz erheblicher Wachstumsprozesse und bei anhaltender Vergrößerung der Energieleistung.

Die notwendigen Investitionen von etwa 600 - 1.000 Mrd. Euro im Jahr könnte der fossile Sektor im Prinzip allein umsetzen, da dies recht genau den aktuell jährlich getätigten Investitionen der Branche entspricht. Der Umbauprozess würde gleichzeitig wirtschaftliche Potenziale in Billionenhöhe eröffnen.

Die überschüssigen 10 Mrd. Tonnen Treibhausgase in der Atmosphäre können mittels naturbasierter Ansätze (Nature-based Solutions) zur biologischen Sequestrierung der Atmosphäre entzogen und dauerhaft gespeichert werden (Negativemissionen). Hierzu gehören massive Aufforstung, vor allem auf degradierten Böden in den Tropen, und Humusbildung in der Landwirtschaft in semi-ariden Gebieten. Es dürfte bei entschlossenem Vorgehen etwa 40 Jahre dauern, bis das Potential der Nature-based Solutions international vollumfänglich erschlossen wäre. Der Zeitaufwand resultiert daraus, dass eine riesige Fläche von mehr als 1 Milliarde Hektar Jahr für Jahr biologisch aktiviert bzw. restauriert werden muss. Zum Vergleich: Die Fläche Deutschlands beträgt etwa 35 Millionen Hektar.

Insgesamt wird das Wirtschaftswachstum dadurch weitgehend von CO₂-Emissionen entkoppelt, CO₂ selbst wird zum begehrten Rohstoff, die erneuerbaren Energien würden gleichzeitig massiv ausgebaut und der Kohlenstoffkreislauf letztlich geschlossen. Dies steigert zugleich die landwirtschaftliche Produktivität, schafft Arbeitsplätze im Globalen Süden und erlaubt mit Blick auf 2050 die Ernährung von dann etwa 10 Milliarden Menschen. Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und Klimaschutz werden so miteinander kombiniert, statt sich zu widersprechen.

Somit bietet sich den Entwicklungsländern mittelfristig die Chance, Chinas Wachstumsmodell zu kopieren, dies jedoch ohne das Klima und die Umwelt zu gleichwertig zu belasten. Europa und Afrika können hier in Partnerschaft vorangehen. Europa verfügt über das Know-How und Kapital, Afrika über zwei entscheidende Vorteile.

Erstens verfügt Afrika über sehr große, weitgehend brachliegende Flächen, die für Aufforstung, Landwirtschaft und Böden als Kohlenstoffspeicher aktiviert werden können. Dadurch wird Zeit in der

Klimafrage gewonnen und langfristig der Kohlenstoffkreislauf geschlossen. Millionen von Arbeitsplätzen würden geschaffen werden, die afrikanische Landwirtschaft könnte ihren Output in den nächsten Jahrzehnten erst verdoppeln, dann verdreifachen, den Kontinent selbst ernähren und sogar Nahrungsmittel exportieren. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft fördert bereits eine in diese Richtung arbeitende Initiative¹⁵ und der Club of Rome¹⁶ argumentiert in dieselbe Richtung. Diesen Prozess mitzufinanzieren ist in der Tat der preiswerteste Weg, unsere eigenen CO₂-Überschüsse durch Kompensation zu mindern. Der Privatsektor kann hierzu entscheidend beitragen und ein zukünftig erhebliches Marktpotenzial erschließen.

Zweitens können die Wüstenflächen im Sonnengürtel der Erde potentiell große Mengen günstigen Strom liefern, der einerseits Afrika und Europa versorgen, andererseits (in Küstennähe) zur Wasserentsalzung wie auch Wasserstoffproduktion über Elektrolyse genutzt werden kann. Afrika könnte sich mit aller benötigter Energie versorgen und über Meerwasserentsalzung seine Wasserprobleme lösen, was wiederum die Landwirtschaft stützt. Europa könnte erhebliche Teile der Kosten für Elektromobilität und die dazu notwendige Infrastruktur sowie den vorgesehenen energetischen Umbau aller Immobilien einsparen.

Das Sonnenpotential großer Wüsten wird der Schlüssel dafür sein, das aktuelle Energie- und Klimaproblem mit einer Methanolökonomie wachstumskompatibel und wohlförderungsfördernd zu lösen. Daher ist die Sicherung genügend großer Mengen von grünem Strom zum oben genannten Preis aktuell die größte Herausforderung.

Nachweise

¹ Basierend auf Artikel 3 Abs. 3 des Vertrags der Europäischen Union.

² <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/treibhausgasneutralitaet-bis-2045-iw-analyse-warum-sich-strengere-klimaziele-wirtschaftlich-auszahlen/27241598.html>, abgerufen am 6. Juli 2021

³ Union of Concerned Scientist (aktualisiert am 12. August 2020). Each Country's Share of CO₂ Emissions. <https://www.ucsusa.org/resources/each-countrys-share-co2-emissions>, Radermacher et al. (2021) Energie- und Klimapolitik – mit der Wirtschaft in eine nachhaltige Zukunft. S.12.

⁴ <https://www.statistik-bw.de/Umwelt/Luft/22503045.tab?R=LA>, <https://www.statistik-bw.de/Gesamtwaerter/VGR/LRtBWSjewPreise.jsp>, abgerufen am 28. Juli 2021

⁵ <https://www.bibb.de/de/134898.php>

⁶ Nachfolgend: THG-Emissionen

⁷ Carbon Leakage: Abwanderung von Produktion in Länder mit weniger strengen Emissionsauflagen. Dies kann zu einem Anstieg der Gesamtemissionen führen durch längere Lieferketten und niedrigere Produktionsstandards.

⁸ Radermacher et al. (2021) Energie- und Klimapolitik – mit der Wirtschaft in eine nachhaltige Zukunft. S.39.

⁹ <https://www.gips.de/wissen/rohstoffe/technischer-gips/>, abgerufen am 17. August 2021

¹⁰ <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2021/07/20210713-erste-abschaetzungen-stromverbrauch-2030.html>, abgerufen am 28. Juli 2021

¹¹ Radermacher et al. (2021) Energie- und Klimapolitik – mit der Wirtschaft in eine nachhaltige Zukunft. S.21ff.

¹² <https://www.agora-verkehrswende.de/blog/strom-und-kraftstoffpreise-bremsen-klimaschutz-aus/>, abgerufen am 28. Juli 2021

¹³ https://www.bitkom.org/sites/default/files/2021-03/bitkom_studie_klimaeffekte-der-digitalisierung_final_210318.pdf#msdyntrid=tmW-9HwMsrfOB0v6CkkuoFd7BfGGMI9FXoXystU4Jzw, abgerufen am 28. Juli 2021

¹⁴ Mit Anpassungen entnommen aus Radermacher et al. (2021) Energie- und Klimapolitik – mit der Wirtschaft in eine nachhaltige Zukunft. S.15f.

¹⁵ Vgl. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. (n.d.). Böden für die Ernährungssicherung und das Klima. https://www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Nachhaltige-Landnutzung/Klimawandel/Texte/COP23_Jahrestagung_Boden_4per1000.html

¹⁶ Vgl. Senate of Economy / Club of Rome. (2017). Migration, Sustainability and a Marshall Plan with Africa: A Memorandum for the European Commission, the European Parliament, and the Governments of the EU Member States. SENATE Special Edition.

Impressum:

Beschlossen durch die Vollversammlung der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg am 29. September 2021 in Villingen-Schwenningen unter Berücksichtigung der öffentlichen Beteiligung durch die Mitgliedsunternehmen.

Die wissenschaftliche Begründung beruht auf dem Impulspapier des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n (FAW/n) für die IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg „Energie- und Klimapolitik – mit der Wirtschaft in eine nachhaltige Zukunft“, fertiggestellt im Juni 2021 durch Prof. Dr. Estelle Herlyn, Erich Molz, M.A. und Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Franz Josef Radermacher.

Bildnachweis: Klippeneck in Denkingen; IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg